

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

15. Februar – 21. Februar 2025

Staatspräsident Emmanuel Macron hat drei informelle Treffen zur Ukraine und zur Sicherheit in Europa einberufen. Auf Einladung des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron haben am Montag, 17. Februar, und am Mittwoch, 19. Februar, in Paris zwei informelle Gipfeltreffen zur Ukraine stattgefunden. Am ersten Treffen nahmen acht europäische Staats- und Regierungschefs sowie die Präsidentin der Europäischen Kommission, der Präsident des Europäischen Rates und der Generalsekretär der NATO teil. Am Treffen des 19. Februars nahmen weitere Vertreter aus Europa, aber auch aus außereuropäischen Staaten wie Kanada teil. Wie das vorangegangene Treffen sollte auch das Treffen am Mittwoch dazu beitragen, die Debatte zur Ukraine und Sicherheit in Europa auf europäischer Ebene nach dem Ausgang der Wahlen in Deutschland zu organisieren. Am Donnerstag, 20. Februar, fand im Élysée-Palast zudem ein Treffen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, an dem etwa ein Dutzend Vertreter französischer politischer Parteien und parlamentarischer Gruppen teilnahmen, um hochsensible Informationen zum geopolitischen Kontext und der Annäherung zwischen Trump und Putin auszutauschen. Macron wird am kommenden Montag in die USA reisen, kurz bevor auch der britische Premierminister am Donnerstag in die USA reist. Macron möchte Trump vermitteln, dass er sich gegenüber Putin nicht schwach zeigen darf - eine Aussage, die er am Donnerstagabend im Rahmen eines über einstündigen Live-Videos auf seinen sozialen Netzwerken, in dem er Fragen von Internetnutzern zum Krieg in der Ukraine beantwortete, tätigte.

Am 18. Februar, hat der Senat den Haushalt für die Sozialversicherung verabschiedet und damit die seit Oktober andauernden Haushaltsverhandlungen in Frankreich beendet. Die Senatoren waren bestrebt, der Haushaltsunsicherheit ein Ende zu setzen, und nahmen keine Änderungen am Text vor, obwohl dieser von mehreren Fraktionen als „unvollkommen“ bezeichnet wurde. Nun steht noch die Prüfung durch den Verfassungsrat an, die letzte Etappe vor der Verkündung. Die Gesamtausgaben der Sozialversicherung belaufen sich gemäß dieser Vorlage auf € 666 Milliarden, was einer Steigerung von 3,7 % im Vergleich zum Jahr 2024 entspricht. Die Ministerin für öffentliche Finanzen, Amélie de Montchalin, betonte in diesem Zusammenhang die Signifikanz dieser Anstrengung zugunsten des Sozialschutzes, insbesondere im Kontext der aktuellen öffentlichen Finanzsituation.

Premierminister François Bayrou steht in der „Affaire Bétharram“ immer mehr unter Druck. Es geht um jahrzehntelange sexueller, psychischer und physischer Gewaltvorwürfe an der katholischen Privatschule Lestelle-Bétharram in seiner Wahlheimat. Trotz Beschwerden seit den 1990er Jahren wurde das Ausmaß der Affäre erst Ende 2023 bekannt, als die Facebook-Gruppe „Opfer von Gewalt“ Anschuldigungen öffentlich machte. Anzeigen führten zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Pau und Presseberichten. Bayrou selbst wird keine Gewalt vorgeworfen, doch seine Verbindung zur Schule – drei seiner Kinder waren Schüler, seine Frau unterrichtete dort und kannte einen beschuldigten Priester – sowie seine Zeit als Bildungsminister (1993–1997), als erste Vorwürfe auftauchten, werfen Fragen nach seiner politischen Verantwortung auf. Seine Kritiker werfen ihm vor, er habe damals nicht ausreichend reagiert und sogar versucht, die Angelegenheit zu vertuschen.

Die Nationalversammlung hat am 20. Februar endgültig einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der die Herstellung und den Verkauf von Produkten mit per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) einschränkt. Diese chemischen Verbindungen sind aufgrund ihrer Langlebigkeit und gesundheitsgefährdenden Wirkung umstritten, da sie sich langfristig im Körper anreichern und unter anderem Krebs, Wachstumsstörungen und Immunschäden verursachen können. Das Hauptziel des Gesetzes besteht darin, ab dem 1. Januar 2026 die Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr und den Verkauf von Kosmetikprodukten, Skiwachsen und Bekleidungstextilien mit PFAS zu verbieten. Ausnahmen gelten für Schutzkleidung im Bereich der Landesverteidigung und des Katastrophenschutzes. Die ursprünglich geplante Aufnahme von Küchenutensilien in das Verbot wurde nach der ersten Lesung gestrichen. Grund dafür waren Bedenken um Arbeitsplatzverluste, insbesondere bei Unternehmen wie der SEB-Gruppe, bekannt für die Herstellung von Pfannen der Marke Tefal.

Der französische Senat hat am 18. Februar einen Gesetzesvorschlag verabschiedet, der das Tragen religiöser Symbole, insbesondere des Kopftuchs, im Amateursport verbieten soll. Der vom Senator der *Républicains* Michel Savin eingebrachte Text erhielt 210 Ja-Stimmen bei 81 Gegenstimmen und wird von der Regierung ausdrücklich unterstützt. Ziel ist es, „jegliche Form von Separatismus“ zu bekämpfen und die Neutralität im Sport zu gewährleisten. Das Gesetz verbietet das sichtbare Tragen politischer oder religiöser Symbole bei Wettbewerben auf Bezirks-, Regional- und nationaler Ebene, die von öffentlichen Sportverbänden organisiert werden. Einige Tage später nahm der Senat zudem den Gesetzesentwurf zur Bekämpfung von Scheinehen oder arrangierten Ehen zwischen Franzosen und ausländischen Staatsangehörigen ohne regulären Aufenthaltsstatus mit 227 Ja-Stimmen und 110 Nein-Stimmen an – nach hitzigen Debatten. Der Gesetzesentwurf wird von der Regierung unterstützt, insbesondere von den Ministerien für Justiz und Inneres.

EDF hat im Jahr 2024 einen Nettogewinn von € 11,4 Milliarden erzielt, was einem Anstieg von 14 % entspricht. Nach Problemen mit „Spannungskorrosion“ seit Ende 2021, einem Verlust im Jahr 2022 während der Energiekrise und einer Erholung des frisch verstaatlichten Konzerns im Jahr 2023, konnte das Unternehmen seine Atomstromproduktion in diesem Jahr steigern. Die 56 Reaktoren, die auf 18 Kernkraftwerke verteilt sind, produzierten 2024 insgesamt 362 Terawattstunden (TWh), im Vergleich zu 320 TWh im Jahr 2023 und 279 TWh im Jahr 2022. Zusätzlich erreichte die Wasserkraftproduktion aufgrund eines regenreichen Jahres mit 50 TWh ein historisches Niveau. Trotz sinkender Strompreise auf dem Großhandelsmarkt trugen diese Faktoren zum positiven Ergebnis des Unternehmens bei. Der Konzern wird jetzt eine Dividende von € 2,8 Milliarden an seinen einzigen Aktionär, den Staat, ausschütten.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Richard Ferrand ist als oberster Verfassungsrichter von der französischen Nationalversammlung knapp bestätigt worden. Der ehemalige Präsident der Nationalversammlung wurde von Emmanuel Macron als Nachfolger von Laurent Fabius vorgeschlagen und erhielt vom Parlament mit 39 Ja-Stimmen und 58 Nein-Stimmen bei 25 Enthaltungen die Zustimmung. Die Mitglieder der Rechtsausschüsse des Senats und der Nationalversammlung stimmten in geheimer Abstimmung ab. Es wäre eine Mehrheit von drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen erforderlich (59 Nein-Stimmen), um die Nominierung noch zu verhindern. Die Rechte und die Linke sprachen sich gegen die Nominierung aus und betonten dabei insbesondere seine Nähe zu Emmanuel Macron und seine mangelnde juristische Erfahrung.

DIE ZAHL DER WOCHE

236.000

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	2
8	2	0	1
9	2	0	1

Citroën hat **236.000** Fahrzeugbesitzerinnen und -besitzer aufgefordert, ihre Autos nicht mehr zu benutzen. Hintergrund sind fehlerhafte Airbags der Marke Takata, die in verschiedenen Modellen verbaut wurden. Betroffen sind die Modelle Citroën C3 und DS 3, die zwischen 2008 und 2013 zugelassen wurden. Obwohl bereits im Januar eine Rückrufaktion gestartet wurde, sind noch nicht alle Besitzer informiert worden. Die Aktion „Stop Drive“ fordert die Autofahrerinnen und Autofahrer auf, diese Fahrzeuge nicht mehr zu benutzen, bis der defekte Airbag ausgetauscht wurde. Die Airbags können schwere Verletzungen verursachen und haben nach Angaben des Verkehrsministeriums bereits mindestens einen Todesfall auf dem französischen Festland und elf Todesfälle in den Überseegebieten verursacht, wo das Klima die Komponenten der Airbags schneller beschädigt.